



Von Peter Fiedler

Kraftwerk(e): Spaltung der Stadt perfekt

Auch wenn man es sich im Interesse von Politikern und Bürgern wünschen müsste: Eine Kompromisslinie zwischen Kraftwerksbefürwortern und Kraftwerksgegnern ist nicht in Sicht und wird bis zur Ratssitzung am 6. Dezember wohl auch nicht mehr gefunden.

Die Konsequenz daraus: Bei der Kommunalwahl 2009 wird wohl die Wählergemeinschaft „Gemeinsam Für Lünen“ (GFL) auf dem Stimmzettel stehen. Mit unabsehbaren Folgen für künftige Mehrheitsverhältnisse und die Zukunft der Stadt.

Die Kraftwerksgegner tun so, als räumten sie den Politikern am 6. Dezember noch eine letzte Chance zur Umkehr ein, als könne ein freiwilliger Bürgerentscheid die Dinge wenden. Die Regeln des Genehmigungsverfahrens sprechen dafür, dass dies eine unrealistische Option ist.

Und selbst wenn es anders wäre: SPD und CDU sagen ja nicht etwa nur, dass sie nichts mehr ändern können. Sie betonen ausdrücklich, dass sie auch gar nichts mehr ändern wollen. Das heißt: Herzlich willkommen Trianel und Rote Karte für Evonik.

Im Kraftwerksstreit prallen damit zwei Formen von Demokratie-Verständnis aufeinander. Die Kraftwerksgegner sehen eine Mehrheit der Bürger hinter sich – und leiten daraus den Auftrag an die Politik ab, endlich im Sinne dieser Mehrheit zu handeln.

Dieses basisdemokratische Prinzip kann man vertreten, aber es sprechen auch Argumente dagegen: Wohl kaum eine industrielle Großanlage könnte in Deutschland gebaut werden, wenn man die Bürger darüber abstimmen ließe. Mehrwertsteuererhöhung? Rente mit 67? Hätten wir nicht, wenn das Volk entscheiden dürfte.

Unser System der repräsentativen Demokratie gibt den Politikern die Möglichkeit, auch unpopuläre Dinge zu beschließen, wenn sie von ihrer Notwendigkeit und Richtigkeit überzeugt sind. SPD und CDU stehen weiter zum Trianel-Kraftwerk. Der eine mag das Rückgrat nennen, der andere Starrsinn.

Der beantragte Bürgerentscheid wird in jedem Fall vertagt: Auf den Termin der Kommunalwahl 2009.